

11.600.000
Arbeitslose in den USA

2.500.000
Gestrichene Jobs in 2008

73.000.000.000

Ausgaben der US-Amerikaner für deutsche Produkte in 2008 (in Dollar)

7,6 Prozent. **2,5 Millionen.** **8 Prozent.** **1,2 Billionen.** Keine komplizierte Rechenaufgabe aus dem PISA-Test, sondern eine statistische Beschreibung des Zustands, in dem sich die amerikanische Wirtschaft derzeit befindet. Ein äußerst schlechter Zustand, wie diese Zahlen belegen: Die Arbeitslosenquote kletterte Ende Januar auf einen Rekordwert von 7,6 Prozent. So hoch war die Zahl der Erwerbslosen in den USA seit 15 Jahren nicht mehr. Zweieinhalb Millionen Jobs gingen im vergangenen Jahr verloren. Die industrielle Produktion verringerte sich um 8 Prozent, und die Auslastung der Kapazitäten bewegt sich auf dem niedrigsten Stand seit den 1980er-Jahren. Insgesamt steuern die USA im laufenden Jahr auf ein riesiges Haushaltsdefizit zu, das mindestens bei 1,2 Billionen Dollar liegt. Das Loch, das im Etat klaffen wird, dürfte damit zweieinhalb Mal so groß sein wie im vergangenen Jahr.

Das Congressional Budget Office (CBO), die Haushaltsbehörde des amerikanischen Kongresses und Überbringer der schlechten Nachrichten, malt auch für die nahe Zukunft schwarz: Das CBO prognostiziert, dass sich ohne effizientes politisches Handeln die schlimmste Krise seit der Depression der 1930er-Jahre auf die nächsten Jahre ausdehnt. Man muss kein Pessimist sein, um diese Analyse zu teilen. Die Liste der Schreckensmeldungen wird jede Woche länger – mit Schlagzeilen über Firmenpleiten, marode Banken und ganze Branchen, die vor dem Zusammenbruch stehen.

Vielleicht war genau ein solches Krisenausmaß notwendig, um einen scheinbar neuen Typus von Politiker zu kreieren: US-Präsident Barack Obama. Jemand, der bereits in seiner ersten Woche im Amt so umtriebiger war wie noch kaum ein Präsident vor ihm. Jemand, der trotz der Krise für Optimismus im Land sorgt. Jemand, der den historischen Ernst der Lage zu begreifen scheint und versucht, den politischen Gegner mit ins Boot zu holen. Und jemand, der nicht auf amerikanische Alleingänge, sondern auf enge Zusammenarbeit mit Europa und Deutschland setzt. Dass die USA willens sind, die Krise gemeinsam mit den Europäern zu schultern, zeigen die Prioritäten der neuen Obama-Administration: Außenministerin Hillary Clinton empfängt als einen der ersten Besucher Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier. Vize-Präsident Joe Biden lässt es sich nicht nehmen, auf der Sicherheitskonferenz in München persönlich die neuen

1.200.000.000.000

Geschätztes Haushaltsdefizit in US-Dollar Ende 2009

Grundzüge der amerikanischen Politik darzulegen. Mehr Kooperation, aber auch mehr Unterstützung von den Partnern – das sind die Kernbotschaften, die Barack Obama aussenden lässt. Die Gründe für den neuen Politikstil nennt Andreas Falke, Direktor des Deutsch-Amerikanischen Instituts und Professor an der Universität Erlangen-Nürnberg: „Die Problemlast, mit der Obama konfrontiert ist, hat keiner der Amtsinhaber seit Roosevelt gekannt. Aber Pragmatismus, Charisma, strategische Intelligenz und vor allem seine enorme Disziplin und Abgeklärtheit sind gute Voraussetzungen.“

8.100.000.000.000

Konsumausgaben der US-Bürger in Dollar im Dezember 2008

Rezepte gegen die Krise

Ob der politische Weg, den Obama beschreitet, dazu taugt, die gegenwärtige Krise zu überwinden, ist noch offen. In den vergleichbaren Situationen Anfang der 1930er- und Mitte der 1970er-Jahre folgte die Reaktion der Politik einem wiederkehrenden Muster: Die jeweils zuvor praktizierte Wirtschaftspolitik wurde für die Krisen mitverantwortlich gemacht – und eine Kehrtwende eingeschlagen. Mal setzte Amerika stärker auf den Markt, mal stärker auf den Staat. 1929 brach erst die Börse, dann die gesamte Wirtschaft ein – vor allem eine Folge völlig unregulierter Finanzmärkte und kreditfinanzierten Konsums. In Reaktion auf die Große Depression mischte sich der Staat unter dem damaligen Präsidenten Franklin D. Roosevelt in die Wirtschaft ein, übernahm Lenkungsfunktionen und steigerte die staatliche Nachfrage. Als Mitte der 1970er-Jahre unter anderem durch den Ölpreisschock eine neue Weltwirtschaftskrise einsetzte, versuchte die Politik mit dem genau entgegengesetzten Rezept zu antworten: Der Staat zog sich aus dem Wirtschaftsleben zurück, deregulierte, kürzte Sozialleistungen, senkte Steuern.

Das Hunderte Milliarden schwere Konjunkturprogramm, das US-Präsident Obama zu Beginn seiner Amtszeit aufgelegt hat, deutet nun wieder in die andere Richtung. Peter Sparding, im Berliner Büro des German Marshall Fund zu-

ständig für außen- und wirtschaftspolitische Programme: „Es überrascht kaum, dass gerade der Staatsinterventionismus eines John Maynard Keynes heute eine Wiederbelebung erfährt. Eine wichtige Neuerung jedoch gibt es: Im Zeichen einer Green Recovery will man die Krise dazu nutzen, strukturelle Veränderungen in den USA zu

Nachfrage-Politik nach John Maynard Keynes

Unter dem Eindruck der Großen Depression entwickelte Keynes die Theorie, dass es auf den Märkten zwar eine Tendenz zum Gleichgewicht gibt, diese sich aber auch im negativen Sinne von niedriger Produktion, fehlender Investition und hoher Arbeitslosigkeit einstellen könne. In solchen Krisenzeiten müsse die Regierung direkt ins Wirtschaftsleben eingreifen und die gesamtgesellschaftliche Nachfrage fördern oder ersetzen.

Angebotspolitik und „Reagonomics“

Die Wirtschaftspolitik des früheren US-Präsidenten Ronald Reagan basierte auf einer Mischung aus Angebotspolitik und systematischen Steuer-senkungen. Demnach reguliert sich der freie Markt selbst. Anstatt selbst als Wirtschaftsakteur aufzutreten, müsse die Regierung die Steuern senken, damit sowohl Unternehmen als auch Bürger mehr Geld zum Investieren und Ausgeben in ihren Taschen haben.

Green Recovery

Der Ansatz, den US-Präsident Obama verfolgt, basiert unter anderem auf einer Studie des Political Economy Research Institute (PERI) der Universität Massachusetts. Demnach könnten durch Investitionen in den Umweltschutz in den USA innerhalb von zwei Jahren zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Das Rezept der Green Recovery beruhe auf nachhaltiger Technologie und nicht nur auf Konsumausgaben: Alles, was zur Belebung der Märkte getan werde, solle zugleich mittelfristig die Gesellschaft strukturell verändern.

erzielen. So sollen die staatlichen Investitionen etwa für den Klimaschutz, den Ausbau der Solar- und Windenergie, aber auch für eine Steigerung der Energieeffizienz, zum Beispiel durch Gebäudesanierungen, genutzt werden.“ Um das Konjunkturprogramm mit politisch möglichst breiter Rücken- deckung hochzufahren, ist eine Mischung aus Steuersenkungen, Investitionen und Sozialausgaben entstanden. Für Energiesparen und Wasserschutz wird ebenso Geld ausgegeben wie für eine Hoch- geschwindigkeitsbahn-Strecke und Autobahnen; in Lebensmittelmarken und Arbeitslosengeld ebenso investiert wie in Steuererleichterungen für den Mittelstand und den Automobilkonzern General Motors.

Ob das Programm die erwünschten ökonomischen Effekte erzielt, ist noch nicht klar. Fest steht bislang nur, dass das knapp 790 Milliarden US-Dollar umfassende Paket ein großes zusätzliches Loch in den Staatshaushalt reißt. Die kurzfristigen Maßnahmen könnten zu schwach sein, um einen Verlust von Arbeitsplätzen zu verhindern, und die langfristigen Maßnahmen nur an der Oberfläche kratzen, so die Befürchtung von Wirtschaftsfachleuten. Und ob der für die US-Wirtschaft so wichtige Konsum auf dem Binnenmarkt damit angekurbelt wird, bezweifeln Experten wie der US-Wirtschafts- korrespondent der F.A.Z., Claus Tigges: „Es zeichnet sich ab, dass die amerikanischen Haushalte vor- sichtiger werden und ihre Sparleistung erhöhen.“

Mit sparsamen Amerikanern kann die Welt nicht leben

Denn zu den Ursachen der Krise zählte vor allem, dass die USA auf Kredit über ihre Verhältnisse gelebt haben. Experten warnen angesichts des eingeschlagenen politischen Wegs daher davor, die Folgen des Übels mit dem gleichen Übel zu bekämpfen – und auf diese Weise die Krise erneut in die Zukunft zu vertagen. „Es muss ein Weg gefunden werden, die für eine gedeihliche Wirtschaftsentwick- lung unentbehrliche Kreditvergabe wieder in Gang zu setzen, ohne gleichzeitig der nächs- ten Blase Vorschub zu leisten. Hier ist vor allem die Notenbank in der Pflicht, die recht- zeitig einen Teil der in Krisenzeiten bereitge- stellten Liquidität wieder abschöpfen muss“, meint Claus Tigges.

Exzessive Kreditmöglichkeiten hält auch Benno Bunse, Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in New York, für falsch: „Aber die amerikani- schen Unternehmen brauchen Kredite, um zu überleben und die Wirtschaft wieder anzu- kurbeln. Die Kredite einzuschränken wäre nicht die Lösung des Problems. Es geht viel- mehr um die Art und Weise, wie diese Kredite in der Zukunft vergeben werden sollen. Gut abgesicherte Kredite gewährleisten eine solide Basis für ein florierendes Wirtschaftsgeschäft.“

Denn die Welt dürfte mit sparsamen Amerikanern kaum leben können; gerade die Industrien der Exportnationen wie Deutsch- land könnten darunter leiden. Die USA sind für Deutschland das zweitwichtigste Absatz- land. Für mehr als 73 Milliarden Euro haben

Amerikaner im Jahr 2008 deutsche Produkte eingekauft. „Die beiden Regionen sind die weltweit am engsten miteinander verfloch- tenen Märkte: Vorhandene Potenziale können noch besser als in der Vergangenheit genutzt werden“, glaubt Benno Bunse. Zum Beispiel mithilfe des Teils des Konjunkturpakets, das im Zeichen von Obamas Green Recovery steht: „Vor allem die Förderung ‚neuer‘ Techno- logien bietet Deutschland als weltweitem Marktführer im Bereich Erneuerbare Energien vielfältige Chancen. Zu den Nutznießern ge- hören deutsche Firmen, wenn sie sich zum richtigen Zeitpunkt am US-Markt positionie- ren.“

Beziffern lässt sich der Effekt, den das Konjunkturprogramm auf die deutsche Wirt- schaft haben könnte, aber nur schwer. Aller- dings dürfte von Obamas Wirtschaftspolitik weniger in Deutschland ankommen als von der Wirtschaftskrise selbst, wie das Bundes- wirtschaftsministerium im Januar in seinem Monatsbericht festhielt: „Die von der US- Wirtschaft auf die deutsche Konjunktur aus- gehenden Einflüsse sind nicht symmetrisch, denn erfahrungsgemäß wirkt sich ein kon- junktureller Abschwung der US-Wirtschaft mit gewisser Verzögerung deutlich negativ auf die deutsche Konjunktur aus, während Deutsch- land von Aufschwüngen in den USA nicht in gleicher Weise profitiert.“

Um einige Zehntel-Prozentpunkte könnte das Wachstum in Deutschland angehoben werden, schätzen Experten. Der Erwartungs-

druck, der auf dem US-Präsidenten liegt, ist trotzdem zumindest aus deutscher Sicht unrealistisch, wie Professor Andreas Falke illustriert: „Wir projizieren unsere spezifischen Erwartungen einer schönen neuen Welt, die wir selbst nicht erfüllen können, in die Amerikaner und beschweren uns dann, wenn sie sie nicht erfüllen. Wir sollten da nüchterner herangehen und uns erst einmal eingestehen, dass Obama zuallererst gewählt worden ist, um amerikanische Interessen zu vertreten.“

Das Urteil der Experten

Prof. Dr. Andreas Falke, Lehrstuhl Auslandswissenschaften, Universität Erlangen-Nürnberg:

„Mit seinem Konjunkturprogramm schlägt Obama zwei Fliegen mit einer Klappe: Er kann so auch die versprochene Anzahlung auf den langfristigen Strukturwandel machen. Sollten sich aber Voraussagen einer langfristigen deflationären Tendenz in der US-Wirtschaft bewahrheiten, dann wird dieser Stimulus, vielleicht aber auch jeder andere, zu schwach sein.“

Peter Sparding, German Marshall Fund, Berlin: „Weil die USA ihre Schulden zunehmend bei ausländischen Gläubigern machen, wächst zu Recht die Besorgnis vor einer zu großen Abhängigkeit, insbesondere von China. Manche sehen darin auf längere Sicht Zeichen eines relativen Rückgangs amerikanischer Macht.“

Claus Tigges, USA-Wirtschaftskorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Washington D.C.: „Eine zusätzliche Verschuldung mag attraktiv erscheinen, weil die Zinsen so niedrig sind und die Regierung im Augenblick recht günstig neue Kredite aufnehmen kann. Aber das Geld, das die Haushalte nun der Regierung leihen werden, steht weder für den Konsum noch für Investitionen der Privatwirtschaft zur Verfügung. Spätere Steuererhöhungen sind unausweichlich.“

Dr. Benno Bunse, German American Chamber of Commerce, New York: „Das Konjunkturpaket ist eine sinnvolle und notwendige Maßnahme. Es ist damit zu rechnen, dass ein Teil dieser Ausgaben als Einnahmen wieder an den Staat zurückfließen wird, sei es in Form von zurückgezahlten Krediten, höheren Steuereinnahmen oder dem Verkauf von Kapitalanteilen.“



Die Autorin **Constanze Hacke** arbeitet als selbstständige Wirtschaftsjournalistin in Köln, u. a. für den Deutschlandfunk, die Verlagsgruppe Handelsblatt und die Bundeszentrale für politische Bildung.